

GERECHTE ÜBERGÄNGE

EINE DEBATTE

MICHAEL DAUDERSTÄDT

TILMAN SANTARIUS

RALF KRÄMER

Innerhalb der zu formierenden Mosaik-Linken besteht bislang keine Einigkeit darüber, ob ein qualitatives, sozial-ökologisches Wachstum Teil der Lösung, oder ob angesichts überschrittener ökologischer Grenzen Wachstum an sich Teil des Problems ist. Andere Formen des Wirtschaftens und erste Reformschritte werden diskutiert. Ist man sich bei letzteren eher einig, gehen die Vorstellungen darüber, wie eine ökologische und soziale Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden könnte und wie mit den Problemen eines »gerechten Überganges« (Just Transition) – nicht zuletzt auch im globalen Maßstab – umgegangen werden kann, weit auseinander.

Wir fragten: Michael Dauderstädt von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Tilman Santarius, Referent bei der Heinrich-Böll-Stiftung, sowie Ralf Krämer von der Wirtschaftspolitischen Abteilung beim ver.di-Bundesvorstand und Mitglied der Programmkommission von Die Linke.

SOZIALES WACHSTUM

FÜR DIE GANZE MENSCHHEIT

MICHAEL DAUDERSTÄDT

Soziales Wachstum ist das Gegenteil der kapitalistischen Krise, die gleichzeitig Arbeitsplätze vernichtet und Wohlstandsverzichte einfordert. »Soziales Wachstum« beschreibt ein Wachstumsmodell, das möglichst allen Menschen auf der Angebotsseite gute Arbeit und auf der Nachfrageseite Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand bietet. In offenen Volkswirtschaften fallen einheimische Nachfrage und einheimisches Angebot weit auseinander. Nationale Konsumenten verbrauchen importierte Güter und Dienstleistungen, die sie – bei ausgeglichener Leistungsbilanz – dank der Erlöse ihrer Exporte bezahlen können. Nationale Produzenten finden Absatzmöglichkeiten in anderen Ländern und glauben oft, den Binnenmarkt und die ihn stützenden Einkommen vernachlässigen zu können. Global ist die Weltwirtschaft aber geschlossen. Die Welt als ganze kann nicht wachsen, indem sie außerirdische Exportüberschüsse erzielt. Langfristig erfordert das Gleichgewicht, dass die Einkommen so verteilt sind, dass Massenkaufkraft entsteht.

DIE LETZTEN 60 JAHRE

Wachstum war und ist eine entscheidende Komponente dafür, dass weltweit alle Menschen in Wohlstand leben können. Seit der industriellen Revolution hat der Kapitalismus massenhaften Wohlstand produziert, der aber immer ungleich verteilt und von Krisen und Verelendung begleitet war. Nach tiefen Krisen

entstand in der Mitte des letzten Jahrhunderts in den entwickelten Industrieländern ein Wachstumsmodell, das in vorher ungekanntem Maße Wohlstand für alle brachte. Dieses fordistische Regime beruhte auf hohem Produktivitätswachstum, keynesianischer Nachfragesteuerung, die durch organisierte Arbeitsmärkte und einen sich immer weiter entwickelnden Wohlfahrtsstaat zu wachsenden Masseneinkommen, Massenkaufkraft und Massennachfrage führte, und auf einer sich vertiefenden internationalen Arbeitsteilung.

Diese Arbeitsteilung war für Agrar- und Rohstoffproduzenten nur bedingt vorteilhaft, da sich lange Zeit die Austauschverhältnisse zu Fertigwaren eher verschlechterten. Die relative Verarmung dieser Länder lag jedoch auch an fehlerhafter Entwicklungspolitik, in denen Rentenökonomien Demokratisierung und wirtschaftliche Modernisierung behinderten. Die erfolgreichen Aufholprozesse Japans, Koreas, der südostasiatischen Länder und heute Chinas zeigen jedoch, dass dies keine notwendige Folge einer kapitalistischen Weltökonomie war. Auch arme Länder konnten den fordistischen Weg zu massenhaftem Wohlstand beschreiten.

In den reicheren Ländern geriet das fordistische Modell in 1970er Jahren in eine Krise. Dadurch verschlechterten sich ihre Austauschverhältnisse mit der Folge geringeren Produktivitätswachstums, was zu verschärften Verteilungskonflikten führte. Es setzte sich ein liberaleres Wachstumsmodell durch, das auf mehr Markt und vor allem einen deregulierten Arbeitsmarkt setzte. In der Folge sanken die Wachstumsraten, die Arbeitslosigkeit stieg, die Löhne blieben mit dem Ergebnis ungleicherer

Einkommensverteilung und schwächerer Nachfrage hinter Produktivitätsfortschritt und Inflation zurück.

Die Wachstumsraten sanken jedoch nicht gleich und unumkehrbar in allen Ländern. Schweden, die Niederlande, Großbritannien und die USA wiesen im Durchschnitt der Periode 1995–2007 deutlich höhere Wachstumsraten auf als 1973–1995. Allerdings verbargen sich dahinter unterschiedliche Formen der Nachfragestabilisierung. Während Schweden die staatlichen Dienstleistungen ausdehnte und die Kaufkraft über Steuern und öffentliche Güter umverteilte, setzten die USA und Großbritannien auf einen kreditfinanzierten Immobilienboom, der sich in der Krise als nicht nachhaltig erwies. Das relativ schwache Wachstum in Deutschland seit 1972 war vor allem einer falschen makroökonomischen Politik geschuldet, die Aufschwünge früh bremste und in Rezessionen spät gegensteuerte; die Sockelarbeitslosigkeit stieg an und die Verteilung und die Binnennachfrage verschlechterten sich.

In den armen Ländern hat das globale Wachstum seit 1990 Hunderte Millionen Menschen, vor allem in China, aus der Armut gehoben. Auch in der EU haben von 1998 bis zur Krise die Peripherieländer aufgeholt und so die Ungleichheit in der EU verringert, wobei sie innerhalb der meisten Mitgliedstaaten zugenommen hat. Dieses Wachstum in den ärmeren Ländern war nicht von einem Schrumpfen der reicheren Volkswirtschaften begleitet, sondern wurde teilweise von deren wachsender Nachfrage gespeist. Dass das Gewicht der reicheren Volkswirtschaften in der Weltwirtschaft im globalen Aufholprozess

zurückgeht, ist normal und kein Anlass zu Sorge. Gleicher Wohlstand für alle Menschen bedeutet, dass bevölkerungsreiche Länder einen höheren Anteil am Welteinkommen haben als kleinere Staaten.

Die globale Wirtschaftsgeschichte der letzten 60 Jahre belegt, dass Wachstum und Armutsreduzierung möglich sind. Im ökonomischen und sozialen Sinn nachhaltiges Wachstum funktioniert am besten, wenn es mit einer relativ gleichen Verteilung der Produktivitätsfortschritte verbunden ist.

UNGLEICHHEIT UND FINANZVERMÖGEN ALS WACHSTUMSBREMSEN

Das Wachstumsmodell vor der Finanzmarktkrise war von zunehmenden Ungleichgewichten gekennzeichnet. Länder wiesen hohe Leistungsbilanzdefizite bzw. -überschüsse auf, die ihrerseits wieder das außenwirtschaftliche Echo hoher Ausgaben- bzw. Einnahmenüberschüsse einheimischer Unternehmen oder privater oder öffentlicher Haushalte waren. Die Einnahmeüberschüsse resultierten in der Regel aus einer ungleichen Verteilung der Produktivitätsgewinne zulasten der Lohneinkommen (Ausnahme: Manager und andere abhängig beschäftigte Spitzenverdiener, die für eine zunehmende Lohnspreizung verantwortlich sind). Ein expandierendes Kreditvolumen finanzierte die Defizite, indem es die Ersparnisse der Überschusseigentümer weitervermittelte und weiteres Kreditgeld schöpfte.

Im Vorfeld der Finanzkrise stieg in vielen Volkswirtschaften die Schuldenquote, also der Wert der Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), in den USA

von etwa 150% 1970 auf über 300% 2007.¹ In Deutschland weisen alle inländischen Sektoren für 2007 Verbindlichkeiten in Höhe von über 800% der verfügbaren Einkommen aus, während der entsprechende Wert für 1997 noch ca. 660% betrug.² Die Schulden der Kreditnehmer sind aber die Vermögen der Gläubiger. Auch nach der Krise kletterten die großen privaten Vermögen, die zwischen 2007 und 2008 von 40,7 auf 32,8 Billionen US-Dollar geschrumpft waren, 2009 wieder auf 39 Billionen US-Dollar, was in etwa dem Weltbruttoinlandsprodukt entspricht.³ Die gesamten globalen Finanzvermögen sind etwa viermal so groß⁴, wobei es sich um Bruttowerte handelt. Das Nettofinanzvermögen der Welt ist stets null, da sich Forderungen und Verbindlichkeiten aufheben.

Dieser wachsende Vermögensberg stellt immer höhere Ansprüche an die global Wertschöpfung, die angesichts einer realen Wachstumsrate von maximal 5% nur durch eine fortschreitend ungleichere Verteilung erfüllt werden könnten. Anlagen, die höhere Renditen bieten, finden sich aber immer weniger, weshalb Investoren zunehmend auf Vermögensblasen angewiesen waren, die nicht nachhaltige Wachstumsprozesse in Teilsektoren wie der IT-Branche (2000), dem Immobiliensektor (2005–2008) und im Finanzsektor auslösten.

Wenn diese Blasen platzen, bricht das Wachstum ein. Zwar kann eine expansive Geld- und Fiskalpolitik das Schlimmste verhindern (wie es auch 2009 gelang), aber der Preis ist höhere Staatsverschuldung und eventuell Inflation. Die bessere Lösung liegt darin, die ungleiche Verteilung und den Vermögensaufbau durch eine expansive und solidarische

Lohnpolitik und eine progressive Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen zu bekämpfen. In den USA lagen in der fordistischen Wachstumsphase der Nachkriegszeit die Spitzensteuersätze für persönliche Einkommen und Erbschaften bei fast 90%.

Die Sättigung der Nachfrage seitens der Vermögensbesitzer ist nicht Ausdruck der Befriedigung gesellschaftlicher Bedarfe, sondern der ungleichen Verteilung der Kaufkraft. In den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege besteht eine erhebliche ungedeckte Nachfrage, vor allem seitens der weniger reichen Schichten. Sie ist durch ein öffentliches Angebot besser zu erfüllen als über den Markt. Die Vermögensbesitzer und die Bestverdiener im Finanzsektor, die am Anlagegeschäft verdienen, wehren sich gegen eine Umverteilung. Aber die Mythen vom Zusammenhang von Einkommen und Leistung oder der angeblich wachstumsfördernden Ungleichheit entbehren jeder theoretischen und empirischen Grundlage.

ÖKOLOGISCHE GRENZEN

Auch soziales Wachstum ist Wachstum. Es ist sogar eher kontinuierlich höher als vom Finanzmarkt gesteuertes ungleiches Wachstum. Entsprechend stark wird die Naturbasis belastet. Dies wurde nach den Jahrzehnten hohen Wachstums (1950-1970) in der ersten Ölpreiskrise deutlich. Heute macht sich auch das Wachstum ärmerer Länder wie China bemerkbar, das sich durch einen besonders hohen Ressourcenverbrauch auszeichnet. Hier wird nachholend der physischen Kapitalstock aufgebaut, der in reicheren Ländern längst existiert. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das prozentual niedrige Wachstum der

reicheren Länder, allen voran der ressourceneffizienten USA, zumindest pro Kopf noch eine absolut höhere Belastung darstellt.

Zwar dürfte die Torschlusspanik vieler Grüner, die ein baldiges Ende der Rohstoffvorkommen befürchten, übertrieben sein (auch der Club of Rome irrte sich hierin 1972). Beim Klima ist der Befund ebenfalls nicht so eindeutig, um einschneidende Verhaltens- und Politikänderungen durchsetzen zu können. Aber die Kosten der Rohstoffbeschaffung und Entsorgung werden steigen. Knapper werdende Rohstoffe steigen im Preis, was die Produktion von alternativen Substituten anreizt und so ihren eigenen Verbrauch senkt. Das Klima hat aber (noch) keinen Marktpreis, außer in Form staatlich verordneter Steuern oder Emissionsrechte. Der andere Preis in Form von Flutkatastrophen, Wirbelstürmen, Hitzewellen, Trockenheiten oder Überschwemmungen usw. senkt zwar den Wohlstand, aber die Reparatur der Schäden kann in der Statistik auch als Wachstum auftreten. Klima und Rohstoffe haben gemeinsam, dass die Bewahrung des erreichten Wohlstands- oder Konsumniveaus angesichts der Belastung der Naturbasis relativ mehr gesellschaftliche Arbeit erfordert. Die Vermutung, die Arbeit ginge uns aus, war ein Kind des vor-ökologischen Diskurses aus Zeiten hohen Produktivitätswachstums. Die Steuerung des Rohstoffverbrauchs nur dem Preismechanismus zu überlassen, wäre fahrlässig. Ökosteuern und Auflagen für Produzenten sollten den Anpassungsprozess beschleunigen, was den positiven »Nebenefekt« der Förderung ökologischer Industrien (erneuerbare Energie, neue Werkstoffe, Prozessoptimierung etc.) hat. Damit steigen die

Preise allerdings noch stärker und die sozialen Folgen treten mehr ins Licht. Eine gleichmäßigere Einkommensstruktur ist notwendig, um die Kosten des Schutzes der Naturbasis gerecht zu verteilen. Diese Verteilungsfrage stellt sich auch global. Rohstoffpreise bilden sich auf Weltmärkten und belasten arme Länder stärker als reiche. Umso wichtiger sind administrative Markteingriffe in den reichen Ländern. Beim Klimaschutz, der sich nicht auf Knappheitspreise stützen kann, müsste die internationale Koordination politisch erfolgen. Armen Ländern das Wachstum zu erschweren, dürfte schwer durchzusetzen und zu rechtfertigen sein. Außerdem dürften höhere Einkommen auch dort dazu führen, die Präferenzen für eine gesicherte Naturbasis zu stärken. Es geht um ein soziales und ökologisches Wachstum, das kaufkräftige Nachfrage schafft, wo der gesellschaftliche Bedarf ist, und das den Grenzen der Naturbasis Rechnung trägt, indem es ihre wahren Kosten bei der Angebotserstellung einpreist.

1 Foster, John Bellamy, und Fred Magdoff, 2008: Financial Implosion and Stagnation. Back to the Real Economy, in: Monthly Review, 60. Jg., H. 7, S.10.

2 Vgl. Deutsche Bundesbank, 2008: Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2007, Statistische Sonderveröffentlichung 4, Juni 2008.

3 Vgl. Capgemini, und Merrill Lynch, 2010: World Wealth Report 2010, Figure 2, S. 5.

4 Mc Kinsey gibt im Mapping global capital markets Fifth Annual Report (Oktober 2008) für 2007 einen Wert von 196 Billionen US\$ an; die Boston Consulting Group schätzt in ihrem Bericht In Search of Stable Growth (Juli 2010) die »Assets under Management« auf 57 Billionen US\$ für 2007, 47 für 2008 und 52,9 für 2009.

5 Vgl. Krämer, Ralf, und Herbert Schui, 2010: Wachstum!?, Qualitativ, sozial-ökologisch, reguliert – oder schrumpfen? (Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 7-8/2010)

DIE FETTEN JAHRE SIND VORBEI

TILMAN SANTARIUS

1 | Unsere Gesellschaft hat sich eine politische, wirtschaftliche, aber auch mentale Infrastruktur zugelegt hat, die laufend auf Wachstum angewiesen ist. Das ist das grundlegende Problem. Keine Regierung wird wiedergewählt, die nicht neue Staatsschulden aufnimmt – denn ohne Staatsschulden wären tiefe Einschnitte im öffentlichen Sektor und den öffentlichen Dienstleistungen nötig, die die Wähler abstrafen würden. Kein Unternehmen, jedenfalls kein börsennotiertes, wird auf dem offenen Weltmarkt gegen die Konkurrenz Bestand haben, wenn es nicht permanent expandiert. Zu wenige Menschen empfinden auch Zufriedenheit, wenn das nächste Jahr keinen »Aufstieg« bzw. keine Verbesserung mit sich bringt, sei es beim Einkommen, bei neuen Konsumgütern, bei immer exotischeren Urlaubszielen.

Eine sozial-ökologische Transformation wird nur gelingen, wenn *summa summarum* ein »steady-state«, eine Balance angestrebt wird. Das heißt nicht, dass nichts mehr wachsen dürfe. Im Gegenteil muss z.B. die Nutzung erneuerbaren Energien zunehmen, während zugleich Kohle-, Atom- und später auch Gaskraftwerke geschlossen werden. Der Anteil an gemeinnütziger, ehrenamtlicher und reproduktiver Arbeit muss gegenüber der Erwerbsarbeit an Bedeutung gewinnen, letztere wird im Verhältnis schrumpfen. Es heißt auch nicht, dass die Balance eine statische wäre. So lange die Weltbevölkerung

wächst und sich die Natur verändert, wird sich unsere Gesellschaft an stetig neue Herausforderungen anpassen müssen. Der erste Schritt hierfür ist, die Expansionslogik moderner Industriegesellschaften in Zweifel zu ziehen.

Eine Strategie der »Ökologischen Modernisierung«, die das Wirtschaftswachstum naturverträglicher Sektoren und Produkte forciert, ist alleine nicht hinreichend. Es ist nicht nur ein aktiver Einstieg in die postfossile, sondern auch ein aktiver Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft vonnöten. Andernfalls wird das überaus ambitionierte Ziel, die Emissionen binnen vierzig Jahren um neun Zehntel zu reduzieren, nicht gelingen. Damit sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen vorgebeugt wird, muss die Strategie mit weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen kombiniert werden: mit einer partiellen Deglobalisierung und weitgehenden Relokalisierung von Wertschöpfungsketten, mit einer Novellierung des Wettbewerbsrechts und der Unternehmensverfassung, mit einer Arbeitsgesetzgebung, die auf eine faire Verteilung des begrenzten Arbeitsvolumens der Gesellschaft abhebt, und mit der Einführung eines Grundeinkommens oder einer negativen Einkommenssteuer – um nur einige Eckpfeiler beispielhaft zu nennen.

Weder kann es um eine ökologisch und sozial justierte Neuankurbelung althergebrachten Wirtschaftswachstums gehen, noch schließen sich Wachstum und sozial-ökologische Transformation prinzipiell aus. Grünes Wachstum (Green growth) und Schrumpfung (DeGrowth) müssen zusammengedacht werden – das ist die Herausforderung!

2 | Wir brauchen eine gigantische ökologische Investitions- und Innovationsoffensive, denn ein zurück auf die Bäume ist keine Option. Aber mit dem Lostreten von Investitionen allein ist es nicht getan. Es gibt Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise. Wenn ihr nicht entgegen gesteuert wird, werden nachhaltige Innovationen nur zweckentfremdet, Effizienzgewinne über Rebound-Effekte aufgefressen und die sozialen und ökologischen Kosten in immer neue Nischen ausgelagert. Ein Beispiel hierfür ist der wachsende Markt für »Bio«-Nahrungsmittel. Das Ziel ist klar: Die Landwirtschaft muss zu 100 Prozent auf ökologische Anbaumethoden umgestellt werden. Aber wir sehen heute, wie wenig Nachhaltigkeit Bestand hat, wenn Handels- wie Supermarktketten im großen Stil auf Bioprodukte setzen. Wertschöpfungsketten werden wie eine Zitrone ausgequetscht und Bio-Bauern zu Kostensenkungen um jeden Preis gedrängt. Schlupflöcher in der Bio-Regelung werden dazu genutzt, um möglichst viele Bio-Hühner auf engem Raum zu halten, die dann als »glücklich« vermarktet werden, oder um Zusatzfutter aus fragwürdigen Herkunftsländern zu importieren. Dauerhaft nachhaltige Anbaumethoden in der Landwirtschaft wird es erst geben, wenn auch die Ernährungsindustrie nachhaltiger wird und in ihrem Kerngeschäft nicht nur Profitmaximierung verfolgt, sondern weitere sozial-ökologische Ziele. Hierfür aber braucht es tiefgreifende Reformen im Unternehmensrecht und auf den Finanzmärkten. Es reicht nicht, den einzelnen Produktionszweigen *End-of-the-pipe*-Standards aufzuerlegen. Wir müssen die kapitalistische Expansionslogik selbst domestizieren.

3 | Wie das alles umgesetzt werden kann – das ist die Gretchen-Frage. Schließlich geht es nicht um ein eng gestecktes Reformkonzept, sondern um eine gesellschaftliche Umwälzung von historischer Tragweite, die der neolithischen oder der industriellen Revolution möglicherweise in nichts nachstehen wird. Jedoch muss diese Umwälzung schneller vollzogen werden als die vorherigen, soll der Klimakollaps noch verhindert werden. Dieses zivilisatorische Großprojekt kann nur iterativ umgesetzt werden. Ich will es mal mit »Witz und Wut« versuchen. Wir brauchen eine gehörige Portion Wut, um die Machtverhältnisse zu ändern. So lange Energiekonzerne die Politik stärker beeinflussen als der Wählerwillen, wird die Energiewende nicht gelingen. Die wirtschaftliche Macht von Unternehmen und ihren Verbänden muss gestutzt und zugleich ihre politische Einflussnahme soweit reguliert werden, dass sie keine Gefahr mehr für die Demokratie darstellen. Dabei muss die Wut aber nicht nur den Unternehmen gelten, sondern auch der Politik. Denn dort wird der Einfluss der Privatwirtschaft oft gar nicht als Gefahr wahrgenommen. Vielmehr gilt sie als legitimer Teil des »vopolitischen Raums«, dem die Türen weit geöffnet werden. Der Grund für eine konzernfreundliche Politik ist aber nicht im »westdeutschen Korporatismus« und seinem weit verzweigten Klientelismus zu suchen, der unter anderem in (Ex-)Politikern auf Berater- und Aufsichtsratsposten seinen Niederschlag findet. Vielmehr müssen politische Entscheidungsträger zu Recht fürchten, die Mehrheit der Wähler in diesem Land zu verschrecken, wenn sie »Konzerne zerschlagen«, das

Wirtschaftswachstum (*sic!*) gefährden und Turbulenzen auf dem Arbeitsmarkt riskieren. Wie viel Prozent der Gesellschaft *heute* wollen denn überhaupt eine sozial-ökologische Transformation?

Daher braucht es mindestens so viel Witz wie Wut. So lange nicht ein signifikanter Teil der Gesellschaft davon überzeugt ist, dass diese Transformation mehr Nutzen bringt als Schaden, dass sie Spaß macht und einen Zuwachs an Lebensqualität bedeutet, so lange die Menschen hierzulande nicht bereit sind, einen Verlust an wirtschaftlicher Potenz und Sicherheit in Kauf zu nehmen, um im Gegenzug mehr Zufriedenheit und Gerechtigkeit zu erzielen, sind Politiker für ihre Mutlosigkeit nicht alleine verantwortlich zu machen. Je höher die Latte für eine umfassende sozial-ökologische Transformation gehängt wird, desto weniger liegen die Hürden nur »da oben«, bei den politischen Entscheidungsträgern, sondern auch unten, in der Mitte der Gesellschaft. Diese aber kann nur durch Kommunikation, Vorbilder und die Kraft der besseren Argumente überzeugt werden.

4 | Wenn die Länder des Südens den Pfad der nachholenden, fossilen Entwicklung verfolgen, was derzeit weitenteils geschieht, ist der Ofen bald aus. Eine Alternative ist das »leapfrogging« (ein Sprung) in eine sozial-ökologische Transformation, eine andere ist die Neudefinition von »Entwicklung« und Wohlstand. Beim *leapfrogging* – also einem Entwicklungssprung in Infrastrukturen, Technologien und Konsummustern, die umweltfreundlich sind – kann es sein, dass damit ein Wachstum des

Volkseinkommens in den Ländern des Südens einhergeht. Zum einen könnte es zu einem vorübergehenden Wachstum während des Sprungs kommen: Energiesparlampen z.B. sind in der Anschaffung teurer als Glühlampen. Zum anderen aber könnte der Zugang von immer mehr Menschen zu Elektrizität ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit entsprechenden direkten und indirekten Rebound-Effekten nach sich ziehen.

Eine Neudefinition von Entwicklung setzt an der Wurzel an. Nomadisierende Rinderzüchter im Tschad brauchen keinen doppelt so hohen Fleischpreis auf dem Weltmarkt, sondern die dauerhafte Erlaubnis, ihre Herden über die Weideflächen ihrer Region treiben zu können. Gerade für die Armen erfordert Entwicklung nicht in erstere Linie ein Wachstum des Geldeinkommens, sondern einen verbesserten Zugang zu Land, Ressourcen, Know-how und politischer Mitsprache. Wohlstand, wie ihn Armatya Sen definiert hat, besteht in der Möglichkeit, sich frei zu entfalten, und nicht in der Freiheit, zu konsumieren. Können wir uns indessen eine freie Entfaltungsmöglichkeit der Menschen im Süden vorstellen, ohne die »digital divide« zu schließen? Wir mögen hier auf Whirlpools, Autos oder Flugreisen verzichten, um vorzuleben, wie Suffizienz aussehen kann. Aber ist ein Leben ohne World Wide Web und E-Mail noch vorstellbar? Die Verbreitung von Strom, Telekommunikationsnetzen und Computern über die Metropolen des Südens hinaus in deren Hinterland wird allerdings nicht ohne ein gehöriges Maß an Wirtschaftswachstum in diesen Ländern zu haben sein. Daher sollten wir zusehen, dass es wenigstens grün wächst.

5 | Wenn die sozial-ökologische Transformation einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung entspricht, wird sie auch mit etlichen Arbeitsgewohnheiten aufräumen. Ganze Sektoren werden aus der Arbeit entlassen. Daher definieren die Befürworter eines »Green New Deals« diesen nicht nur als grüne Investitionsoffensive, sondern zugleich als Bildungsoffensive. Um die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, muss die Neuqualifikation bestehender Arbeitskräfte sichergestellt sein. Nichtsdestotrotz drängt sich der Verdacht auf, dass das Tempo der Transformation Menschen abhängen könnte, die sich über ihre gewohnte Erwerbsarbeit definieren.

Die Große Transformation erfordert eine Abkehr von der Vorstellung, dass Arbeit in erster Linie Erwerbsarbeit sei. Weil schon bei geringen Wachstumsraten, erst recht aber bei *steady-state* oder Schrumpfung immer weniger Erwerbsarbeit notwendig sein wird, muss das bestehende Arbeitsvolumen fairer verteilt werden. Konzepte wie die »Kurze Vollzeit« werden seit langem diskutiert. Zwar dürfte eine stärkere Relokalisierung der Ökonomie – Tante-Emma-Laden statt Tengelmann – sowie der Ersatz von Energie durch Arbeit – Besen statt Laubbläser – die Arbeitsproduktivität auf konstruktive Weise senken und neue Arbeit schaffen. Eine Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion dürfte hierzu erheblich beitragen. Dennoch müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Menschen sich stärker über andere Formen der Arbeit – Hausarbeit, Pflege, Kinderbetreuung, Ehrenamt, freie Arbeit, Sozialarbeit usw. – definieren, hieraus Befriedigung ziehen

und gesellschaftliche Integration erfahren. Die Brisanz besteht dabei in der Frage, was denn ein Weniger an Erwerbsarbeit und ein Mehr an nicht-erwerblicher Arbeit für das persönliche Einkommen bedeuten. Wer an der Wachstumsschraube dreht, so scheint es, kann zwar für Umverteilung plädieren. Besser aber sollte der Traum vom »guten Mittelstand« für Alle gleich begraben werden. Um es mit Wolfgang Sachs zu sagen: Armutsminderung plus Nachhaltigkeit erfordert Reichtumsmin- derung. Fürwahr, die fetten Jahre sind vorbei!

UMBAU – SOZIAL UND ÖKOLOGISCH

RALF KRÄMER

1 | Wirtschaftliches Wachstum – im Folgenden immer verstanden als Wachstum des Bruttoinlandsprodukts – löst weder unsere ökonomischen noch unsere ökologischen oder sozialen Probleme automatisch. Ungesteuertes kapitalistisches Wachstum würde die ökologischen Probleme sogar verschärfen, soziale Spaltungen und ökonomische Ungleichgewichte vertiefen. Ausbleibendes Wachstum allerdings ist auch keine Alternative, sondern vergrößert in aller Regel die Probleme und macht ihre Lösung schwieriger.

Krisen, Stagnation oder Schrumpfen der Wirtschaftsleistung führen zu steigender Erwerbslosigkeit und sinkenden Masseneinkommen sowie zunehmender öffentlicher Verschuldung. Dies verschlechtert die Lebensbedingungen und erschwert es der breiten Mehrheit der Bevölkerung, ihre Interessen durchzusetzen. Außerdem werden gerade

in Krisenphasen regelmäßig bestehende Umweltstandards mit Verweis auf die Kosten infrage gestellt. Bloßes Nullwachstum oder Schrumpfen des BIP bedeutet zudem lediglich, dass die laufende Überbeanspruchung der Natur im gleichen oder wenig geringeren Umfang wie bisher fortgesetzt wird. Das reicht nicht. Notwendig ist stattdessen ein möglichst rascher und tiefgreifender ökologischer Umbau. Dieser erfordert große Investitionen in neue Energie- und Verkehrssysteme, im Gebäudebereich, in neue Materialien usw. Etwas zugespitzt lässt sich behaupten: Die erste Phase des sozial-ökologischen Umbaus wird mit Wachstum verbunden sein müssen, und zwar auch in den entwickelten Ländern und erst recht weltweit, um möglichst schnell die infrastrukturellen und technischen Grundlagen einer neuen naturverträglichen Wirtschafts- und Lebensweise für sieben Milliarden Menschen zu produzieren.

Notwendig ist ein qualitatives, sozial-ökologisch gesteuertes Wachstum. Es würde durch steigende Wertschöpfung und Beschäftigung in Bereichen zustande kommen, die zu einer besseren Befriedigung bisher vernachlässigter gesellschaftlicher Bedürfnisse führen und zugleich Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung reduzieren. Im Zusammenwirken mit Arbeitszeitverkürzung würde die Arbeitslosigkeit sinken, Einkommen und Lebensqualität breiter Bevölkerungsschichten würden steigen. Die materielle Produktion in umweltbelastenden Bereichen, der Verbrauch nichtregenerativer Stoffe und schädliche Emissionen müssten dagegen stark schrumpfen. Dies erfordert umfassende soziale Regulierungen und öffentliche Zukunftsinvestitionen

in Bildung, soziale Dienstleistungen und ökologischen Umbau. Es geht um die Abkehr von einem bestimmten Wachstumstyp und um das Ende einer Politik, die Profit- und Wachstumsinteressen von Unternehmen und Vermögensbesitzern über soziale und ökologische Kriterien stellt.

2 | Ein sozial-ökologischer Umbau müsste einen gesellschaftspolitischen Richtungswechsel durchsetzen: hin zu einer Bewältigung der sozialen und ökologischen Probleme statt ihrer weiteren Verschärfung. Das ändert nichts daran, dass das Kapital danach strebt, zu wachsen und seine Profite maximal zu steigern – sozial und ökologisch rücksichtslos. Gesellschaftliche Eingriffe und Gestaltung, die das einschränken, müssen gegen Kapitalinteressen durchgesetzt werden. Sie bleiben gefährdet, bei ungünstigen Kräfteverhältnissen wieder zurückgeschraubt zu werden. Wir haben das im sozialen wie im ökologischen Bereich schon oft erlebt – zuletzt ganz eklatant in der Energiepolitik, wo der Druck der Konzerne selbst den unzureichenden Atomausstiegskonsens wieder gekippt hat.

Hierbei spielt die Eigentumsfrage eine Rolle. Wenn wir zum Beispiel eine Energiepolitik wollen, für die Einsparung und Umstieg auf umweltverträgliche regenerative Quellen absoluten Vorrang hat, brauchen wir eine Energieversorgung in demokratischer öffentlicher Kontrolle statt kapitalistischer Monopole. Das gilt für die Daseinsvorsorge und auch darüber hinaus für alle anderen Bereiche, die für einen Umbau von strategischer Bedeutung sind. Aber wir können die Veränderung der Eigentumsverhältnisse nicht als Vorbedin-

gung darstellen. Diese muss im Fortschreiten des Umbauprozesses durchgesetzt werden. Der Umbau muss zunächst begonnen werden, damit sich überhaupt die Kräfte formieren, die in der Lage sind, weitergehende Veränderungen zu bewirken.

Wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau, aber dieser Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Ökologie ist keineswegs zwingend. Es kann auch sein, dass eine ökologische Modernisierung auf der Basis eines Bündnisses von Teilen der Wirtschaft und gutsituierten Teilen der Bevölkerung durchgesetzt wird. Ein ökologischer Kapitalismus ist durchaus möglich, wenn dabei neue Verwertungsmöglichkeiten entstehen. Das ginge aber zu Lasten breiter Schichten der Bevölkerung, die Arbeit und Einkommen verlieren und durch höhere Preise soziale Einschnitte erleben.

Ein weiteres Problem besteht in jenem Wachstumszwang, der sich gesamtwirtschaftlich aus den Renditeerwartungen des Kapitals ergibt. Die angesammelten und weiter wachsenden Finanzvermögen einerseits, private und öffentliche Schulden als ihr Spiegelbild andererseits führen zu steigenden Ansprüchen, um Vermögenseinkommen bzw. Schuldendienst zu bedienen. Das mindert die für Löhne, Sozialleistungen und öffentliche Dienste zur Verfügung stehenden Einkommen. Wenn darüber hinaus das (nominale) Bruttoinlandsprodukt nicht mehr wächst, sondern schrumpft, steigt die daraus resultierende Belastung der Lohnabhängigen und Rentner. Eine Gesellschaft ohne Wachstum des BIP erfordert deshalb einen Abbau und eine Entwertung von Finanzvermögen und

Schulden sowie eine starke Reduzierung der Renditen auf Finanzanlagen. Erforderlich wäre eine weitaus gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung. Eine in Maßen erhöhte Inflation würde diesen Prozess erleichtern, aber nur unter der Bedingung, dass sie für die breite Masse der Bevölkerung durch eine beschleunigte Steigerung der nominalen Löhne und Sozialeinkommen ausgeglichen wird.

3 | Eine Politik des sozial-ökologischen Umbaus muss gegen die dominierenden Kapitalfraktionen und die neoliberal orientierten Parteien durchgesetzt werden. Im Kapitalismus, also unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, hat aber auch für die große Mehrheit der Menschen insgesamt die Sicherung und Verbesserung ihrer Erwerbs- und damit ökonomischen Lebensgrundlagen Priorität gegenüber ökologischen Zielen. Nur wenn Beschäftigung, Lebensstandard und soziale Sicherheit gewährleistet sind und die sozialen Unterschiede in Grenzen gehalten werden, werden die meisten Menschen bereit sein, eine ökologische Politik zu unterstützen und dafür auf Wachstum und steigendes Einkommen zu verzichten.

Der sozialökologische Umbau kann nur durchgesetzt werden, wenn die Gewerkschaften und die Mehrheit der abhängig Beschäftigten hierfür gewonnen werden. Dies wird nicht gelingen, wenn der sozial-ökologische Umbau die industriellen Strukturen der Gesellschaft zerstört und Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und regionaler Niedergang die Folgen sind. Wir brauchen also zugleich eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit, sichere

Einkommen, gute neue Arbeit für diejenigen, deren Arbeitsplätze im Zuge eines ökologischen Umbaus verloren gehen, und somit neue Produktions- und Beschäftigungsfelder in Regionen, die vom Abbau ökologisch schädlicher Wirtschaftszweige besonders betroffen sind. Sozial-ökologischer Umbau muss mit einer Konzeption beschäftigungsorientierter Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik verbunden werden.

4 | Aus einer globalen Perspektive ist ein sozial-ökologischer Umbau noch dringlicher. Im Süden ist nicht nur wirtschaftliches Wachstum überhaupt notwendig, sondern dieses wird dort auch mit wachsendem Verbrauch stofflicher Ressourcen verbunden sein. Der Norden kann sich nicht anmaßen, von den Menschen des Südens eine Beschränkung auf Grundbedürfnisse zu verlangen. Der unabweisbare Anspruch des Südens auf Teilhabe am Wohlstand erhöht die Notwendigkeit, den Ressourcenverbrauch und die Schadstoffemissionen in den entwickelten Ländern zu reduzieren. Das darf aber nicht mit dem Schrumpfen des BIP gleichgesetzt werden, das im Zuge eines sozial-ökologischen Umbaus zunächst weiter steigen kann.⁵

Die Politik von Finanz- und Technologietransfers reicht hierfür nicht aus. Es geht darum, den Ländern des Südens den Weg in eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Wir müssen sie dabei unterstützen, den »Umweg« über den naturzerstörenden westlichen Lebensstils zu vermeiden und direkt zu einer auf Ressourcenschonung und regenerativen Quellen basierenden Wirtschafts- und Lebensweise überzugehen. Um

so wichtiger ist es, dass der Norden selbst so schnell wie möglich zu einer solchen Lebensweise kommt, denn die Lebensweise der reichen Länder ist weiterhin das Vorbild, an dem sich die Länder und Bevölkerungen des Südens orientieren.

5 | Ein »gerechter Übergang« erfordert eine aktive gesellschaftliche Gestaltung. Er kann nicht dem Wirken von Marktkräften überlassen werden. Darum reicht auch das vor allem bei den Grünen beliebte Setzen auf Ökosteuern und Umweltzertifikate nicht aus. Es sind öffentliche Investitionen notwendig, öffentlich organisierte Beschäftigung und Qualifizierung, öffentliche Steuerung und Förderung regionaler Wirtschaftsbereiche. Dazu muss die Machtposition der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften in den Betrieben und in der Gesellschaft entschieden gestärkt werden.

Das Lohnniveau in den verschiedenen Branchen ist nicht vom Himmel gefallen, und es ist auch nicht Resultat vermeintlich objektiv unterschiedlicher Produktivitäten, sondern es ist in historischen Kämpfen durchgesetzt worden und abhängig von Kräfteverhältnissen. Wir brauchen eine deutliche Höherbewertung und bessere Bezahlung der Arbeit in vielen personenbezogenen und gesellschaftlichen Dienstleistungen. Da haben die Gewerkschaften große und schwierige Aufgaben vor sich. Ihre Stärke ist wesentlich von den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und vom gesellschaftlichen Bewusstsein abhängig. Es sollte zu einer Normalität werden, dass abhängig Beschäftigte sich gewerkschaftlich organisieren.